

Die Rolle der Kantone in der Europapolitik

Bilaterale Stabilität als Standortvorteil

Die langfristige Stabilisierung und Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen mit der Europäischen Union (EU) ist ein zentrales Thema in der Schweizer Politik. Die Kantone spielen dabei eine wichtige Rolle – sowohl bei der Umsetzung und dem Vollzug als auch bei der Vertretung ihrer spezifischen Interessen. Im Fall des Grenzkantons Aargau, der nicht nur geografisch, sondern auch wirtschaftlich eng mit den Nachbarländern verbunden ist, zeigt sich, wie wichtig eine stabile Partnerschaft mit der EU ist. Wir profitieren direkt von einer engen und verlässlichen Beziehung zur EU. Meine Kolleginnen und Kollegen im Aargauer Regierungsrat und in den Kantonsregierungen teilen übrigens diese Überzeugung: An ihrer ausserordentlichen Plenarversammlung hat die Konferenz der Kantonsregierungen – deren Vorsitz ich mit Freude inne habe – beschlossen, das Abkommenspaket mit der EU zu unterstützen.

Die Kantone sind von den Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU direkt betroffen. Aufgrund unseres föderalen Staatsaufbaus sind wir Regierungsglieder nah an der Wirtschaft und der Bevölkerung dran, wir kennen die Interessen und Bedürfnisse, die es bei der Gestaltung der Europapolitik zu berücksichtigen gilt. Eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen ist daher unerlässlich, um eine Politik zu gestalten, die den Bedürfnissen der Regionen gerecht wird. Die

Kantonsregierungen erwarten, vom Bund bei der Umsetzung der Abkommen einbezogen zu werden und haben bereits eine Reihe von Vorschlägen zur konkreten Mitwirkung eingebracht.

Die Kantone haben sich auch intensiv mit der Frage des Referendums auseinandergesetzt. Eine Mehrheit der Kantonsregierungen unterstützt den Vorschlag des Bundesrats, die Abkommen und ihre Umsetzungsgesetze in vier separaten Bundesbeschlüssen zusammenzufassen und dem fakultativen Referendum zu unterstellen. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger können nur so in Kenntnis der einzelnen Vorlagen und damit auch ihrer innerstaatlichen Umsetzung demokratisch entscheiden, ob und wie sie den bilateralen Weg mit der EU fortsetzen wollen. Dabei ist entscheidend, dass alle Staatsebenen – von den Regierungen über die Parlamente bis hin zu den politischen Akteuren – transparent und umfassend über die Inhalte dieser Abkommen informieren, um eine fundierte Meinungsbildung der Bevölkerung zu ermöglichen.

Wir haben die Chance, unsere Beziehungen mit unseren Nachbarn, die unsere Werte teilen, zu festigen. Und damit für Rechtssicherheit und Berechenbarkeit zu sorgen, was in der aktuellen weltpolitischen Lage für die Schweiz und unsere Unternehmen von unschätzbarem Wert ist. Als wirtschaftlich starkes, aber doch eher kleines Land ist die Schweiz auf stabile Handelsbeziehungen angewiesen. In einer globalisierten Welt, in der unsere Industrie und unsere Unternehmen zunehmend von Zöllen betroffen sind, müssen Unsicherheiten so weit wie möglich reduziert werden.

Für den Kanton Aargau ist eine enge Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn insbesondere in den Bereichen Forschung und Bildung von grosser Bedeutung: Die Beteiligung an EU-Programmen wie Horizon Europe oder Erasmus+ bietet den Hochschulen und Forschungseinrichtungen



im Kanton die Möglichkeit, sich international zu vernetzen und an innovativen Projekten teilzunehmen. Dies stärkt die wissenschaftliche Exzellenz und steigert die Attraktivität des Aargaus als Wirtschafts- und Forschungsstandort.

Die Fortführung und Weiterentwicklung unserer bestehenden bilateralen Beziehungen mit unserem bedeutendsten Handelspartner ist wichtig. Die Schweiz handelt 60% ihres Warenhandelsvolumens mit der EU. Für den Kanton Aargau gilt dasselbe: Durch eine starke und kooperative Partnerschaft mit der EU kann der Kanton Aargau seine Interessen wahren und seine Position als attraktiver Wirtschafts- und Lebensstandort weiter stärken. Jährlich exportiert die Aargauer Wirtschaft Waren im Wert von 7000 Millionen in die Europäische Union.

In der aktuellen politischen Landschaft ist es also wichtig, dass sich die Kantone einbringen und ihre Interessen vertreten. Der Aargauer Regierungsrat und die Konferenz der Kantonsregierungen werden auch in Zukunft eine aktive Rolle in der Ausgestaltung unserer Beziehungen zur EU wahrnehmen – und sich für eine partnerschaftliche Zusammenarbeit einsetzen, von der wir alle profitieren.

Die Schweiz ist mitten in Europa.

Regierungsrat Markus Dieth (AG),
Präsident der Konferenz
der Kantonsregierungen (KdK)



Vertrauenskrise – Die Mitte muss es richten

Seit ein paar Jahren erfahren wir eine zunehmende Vertrauenskrise zwischen einem ansteigenden Teil der Bevölkerung und der Politik. Viele Menschen haben das Gefühl, dass ihre Sorgen und Anliegen in der politischen Agenda nicht ausreichend berücksichtigt werden und sie zu kurz kommen. Dies ist gleichzeitig Herausforderung und Gefahr für unsere Demokratie.

Lassen Sie mich zwei mögliche Ursachen nennen. Einerseits bewegen sich viele Menschen in homogenen sozialen Netzwerken, die ihre Ansichten verstärken und alternative Perspektiven ausschliessen. Dies führt zu einer verzerrten Wahrnehmung der Realität und fördert das Misstrauen gegenüber an-

deren Meinungen. Andererseits instrumentalisieren bestimmte politische Akteure gezielt Ängste und Unsicherheiten, um Misstrauen gegenüber dem Staat und seinen Institutionen zu schüren. Dies führt dazu, dass das Vertrauen in die Politik sinkt und der konstruktive Dialog leidet.

Als Partei der Mitte sind wir ein wichtiger Akteur, um diesem Trend entgegenzuwirken. Es ist wichtig, dass wir aktiv auf die Menschen zugehen, die Anliegen ernst nehmen, zugleich aber auch andere Blickwinkel eröffnen und aufzeigen, was möglich und machbar ist. Um Transparenz zu schaffen, braucht es eine klare Kommunikation über politische Entscheidungen und deren Hintergründe.

Die bevorstehenden nationalen Wahlen 2027 und die kantonalen Wahlen 2028 bieten uns die Möglichkeit, der Vertrauenskrise mit Offenheit, Realitätssinn und Transparenz entgegenzuwirken. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, das Vertrauen der Bevölkerung zurückzugewinnen und die politische Landschaft positiv zu gestalten. Die Mitte kann und muss hier eine Vorreiterrolle einnehmen und der Polarisierung aktiv und mit Nachdruck die Stirn bieten.

Die Mitte lebt vor und zeigt, wie Politik geht!

Maya Bally, Nationalrätin



Volksinitiative «Für eine engagierte Schweiz (Service-citoyen-Initiative)»

Tönt gut, aber...

Schweizer und neu auch Schweizerinnen sollen einen Dienst zugunsten der Allgemeinheit und der Umwelt leisten. Ob diese Pflicht auch auf Ausländerinnen und Ausländer ausgedehnt werden soll, lassen die Initianten offen. Neu würden anstelle der bisher jährlich 35'000 Personen doppelt so viele Dienst leisten. Damit wäre der Personalbedarf von Armee und Zivilschutz gedeckt. Bestehende Verfassungsbestimmungen zu Erwerbsausfallentschädigung, Dienstuntauglichkeit oder Ersatzabgaben bleiben unangetastet. Die Stellungspflichtigen sollen sich neu auch in der Katastrophenprävention, der Betreuung oder im Bereich der Ernährungssicherheit engagieren können. Das Parlament bestimmt den Tätigkeitsbereich. Der Bundesrat geht aufgrund der breiten Definition davon aus, dass Dienst in der Feuerwehr, in politischen Ämtern, im Samarteverein oder Zivildienst an Schulen oder in der Pflege dazu gerechnet werden kann.

Argumente der Gegner

Frauen leisten schon viel unbezahlte Care-Arbeit in Kindererziehung und Haushalt. Ein Bürgerdienst würde einer zusätzlichen Belastung gleichkommen. Die Kosten für Erwerbsersatz von heute 800 Mio. Franken dürften sich fast verdoppeln. Um diese zu decken, müssten die Lohnbeiträge von Arbeitnehmenden und -gebenden erhöht werden. Dazu kommen die Einbussen durch fehlende Arbeitskräfte, wenn nicht nur männliche Angestellte Militärdienst leisten müssten, sondern neu auch die weibliche Belegschaft.

Argumente der Befürworter

Die Initiative stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Durch die Weiterentwicklung der Dienstpflicht werden zivile und militärische Mittel zur Erhöhung der Sicherheit verbunden. Jede Person soll unabhängig vom Geschlecht einen



Dienst zugunsten der Allgemeinheit leisten. Die Initiative mobilisiert Kräfte, um Natur zu schützen und regionale Ernährungssysteme zu stärken.

Das Militär und der Zivilschutz haben ein Bestandsproblem. Der Bund möchte diesem anders entgegenwirken. Kurzfristig soll der Wechsel zum Zivildienst weniger attraktiv werden. Langfristig ist geplant, das System der Dienstpflicht zu optimieren und attraktiver zu machen.

GLP, EVP und Die Junge Mitte unterstützen die Initiative. Die anderen Parteien haben die Nein-Parole beschlossen.

Der Parteitag Die Mitte Aargau empfiehlt mit 40 Nein zu 22 Ja bei einer Enthaltung die Nein-Parole für die Volksinitiative «Für eine engagierte Schweiz (Service-citoyen-Initiative)».

Michael Notter, Grossrat



Parolenspiegel

Kantonale Vorlagen

Service-citoyen-Initiative
Initiative für eine Zukunft

NEIN

NEIN

Klimaschutz ja – aber keine neue Umverteilungsmaschine

Die Volksinitiative «Für eine soziale Klimapolitik – steuerlich gerecht finanziert (Initiative für eine Zukunft)» will die Finanzierung von Klimaschutzmassnahmen über eine nationale Erbschaftssteuer sicherstellen. Konkret sollen grössere Erbschaften und Schenkungen stärker besteuert werden, um damit Investitionen in den Klimaschutz und soziale Abfederungen zu finanzieren. Nach Ansicht der Initiantinnen und Initianten – vor allem aus Kreisen der Jungsozialistinnen und -sozialisten – sollen damit die «Vermögendsten» einen grösseren Beitrag zur Bekämpfung der Klimakrise leisten.

Die Initiative zielt darauf ab, ökologische und soziale Gerechtigkeit zu verbinden: Wer über grosse Vermögen verfügt, soll stärker zur Finanzierung des Umbaus hin zu einer klimaneutralen Schweiz beitragen. Gegnerinnen und Gegner warnten hingegen vor neuen Belastungen für KMU, Familienbetriebe und die Nachfolge von Unternehmen. Sie befürchten eine Schwächung des Wirtschaftsstandorts sowie zusätzliche Bürokratie. Zudem sei unklar, wie die Einnahmen verteilt und kontrolliert werden sollen.

Der Bundesrat anerkennt zwar die Notwendigkeit einer wirksamen Klimapolitik, lehnt die Initiative jedoch ab. Er hält fest, dass eine nationale Erbschaftssteuer kein geeignetes Mittel sei und bestehende Instrumente – etwa der Klimafonds oder CO₂-Abgaben – zielgerichteter eingesetzt werden können.

Einschätzung

Die Initiative verknüpft Klimapolitik mit einer neuen Form der Steuerfinanzierung über Erbschaften. Während Befürworter darin eine Möglichkeit sehen, Kli-

maschutz sozial gerechter zu gestalten, befürchten Kritiker negative Auswirkungen auf Familienbetriebe, KMU und den Wirtschaftsstandort. Die Diskussion dreht sich somit weniger um das Ziel des Klimaschutzes selbst, sondern um die Frage, welche Finanzierungsinstrumente dafür am besten geeignet sind.

Der Parteitag Die Mitte Aargau empfiehlt mit einer Gegenstimme die Nein-Parole für die Volksinitiative «Für eine soziale Klimapolitik – steuerlich gerecht finanziert (Initiative für eine Zukunft)».

Daniele Mezzi,
Grossrat



Wortmeldungen aus der Wirtschaft

Aus Sicht der Jungsozialisten sind erfolgreiche Unternehmen des Teufels. Das passt nicht in ihr Weltbild, das nach wie vor von der «Überwindung des Kapitalismus» lebt. Dabei sind wir längst in der christlichdemokratisch geprägten Sozialen Marktwirtschaft angekommen.

So erstaunt es nicht, dass die Juso Vorschläge macht, die eigentliche Eigentore darstellen. Mit ihrer Erbschaftssteuer würden traditionelle Familienunternehmen zerschlagen oder verschербelt, um die notwendigen, in Aktien und nicht in Bargeld vorhandenen Finanzen aufzubringen. Verantwortungsvolle lokale Unternehmerfamilien würden durch anonyme Investoren mit kurzfristigeren Interessen verdrängt. Das würde dazu führen, dass diese Unternehmen frühzeitig andere Lösungen anstreben,

ausserhalb der Schweiz. Die diesbezüglichen Steuerausfälle müssten ausgeglichen werden. Wollen wir das?

Die Gelder, die wegen der Vertreibung der Familienunternehmen wahrscheinlich nicht wie erwartet sprudeln würden, müssten für einen nicht näher definierten «Klimaschutz» verwendet werden. Unsere bewährten Systeme würden zu einer staatlich kontrollierten Öko-Wirtschaft, mit allen negativen Begleiterscheinungen.

Darum Nein zur Juso-Initiative.



Peter Gehler,
Unternehmer,
Vizepräsident
Aargauische Industrie- und Handelskammer (AIHK)



Diese Initiative hat aufgrund des sehr hohen Steuersatzes und der Anwendung des neuen Rechts ab dem Tag der Abstimmung bereits vorab zu einer grossen Verunsicherung bei vermögenden Personen und Familienunternehmen geführt. Da Grossbritannien fast gleichzeitig die Besteuerung vermögender Personen teilweise massiv erhöht hat, wollten viele gutsituierte Personen in die Schweiz ziehen; gekommen sind wegen dieser Initiative aber nur wenige. Die meisten sind nach Italien oder Dubai gezogen.

Vermögende Personen sowie Familienunternehmer bereiten sich aktu-

ell auf einen Wegzug vor und würden bei einer Annahme zeitnah ins Ausland abwandern. Insbesondere bei Familienunternehmen wäre diese Nachlasssteuer nicht verkraftbar, da die notwendige Liquidität im Unternehmen investiert ist. Als Lösung käme ein Verkauf oder ein Wegzug des Unternehmens resp. Unternehmers infrage.



Kornel Wick,
dipl. Steuerexperte,
Managing Director;
Fachrichter am
Spezialverwaltungsgericht, Abteilung
Steuern



Im Europarat in Strassburg

Wenn man dein Profil auf der Internetseite des Schweizerischen Parlaments studiert, so fällt sofort auf, dass du dich nicht «nur» als Ständerätin für unseren Kanton einsetzt, sondern noch verschiedene andere, spannende parlamentarische Mandate innehast. So bist du zum Beispiel auch die Vizepräsidentin der Parlamentarierdelegation beim Europarat (ERD). Kannst du uns in ein paar Sätzen erklären, was wir uns unter der ERD vorstellen können und was die Aufgaben dieser Delegation sind?

Der Europarat befasst sich mit dem Schutz der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit in Europa. Er wurde unter dem Eindruck der Schrecken des Zweiten Weltkrieges am 5. Mai 1949 gegründet. Dem Europarat gehören 46 Staaten an mit etwa 700 Millionen Bürgern. Er soll der zwischenstaatlichen Verständigung unter den Völkern dienen. Nicht verwechseln darf man den Europarat mit dem Europäischen Parlament, das aus den Staaten besteht, welche der EU angehören. Da steht im Speziellen die wirtschaftliche, aber natürlich auch die politische und institutionelle Zusammenarbeit im Vordergrund.

Wie, wo und wie oft tagt ihr?

Wir tagen in Strassburg im Palais de l'Europe, einem riesigen Gebäude. Dies viermal im Jahr eine Woche lang. Die Sessionen in Strassburg schliessen sich nahtlos an die Sessionen in Bern an. Der Sitzungskalender ist intensiv. Es finden drei Fraktionssitzungen statt. Die Mitte gehört der EPP (European People's Party) an, einer Fraktion der Zentrumsparteien, in Strassburg die zweitgrösste Fraktion. Des Weiteren finden beinahe täglich Sitzungen der verschiedensten Komitees oder Kommissionen statt. Ich gehöre dem Komitee für Migration und Verfolgung an und dem Komitee für politische Fragen und Demokratie. In diesen Komitees erarbeiten wir Resolutionen, über die dann im Plenum beraten wird. Dann wählen wir auch die Richter am Europäischen Gerichtshof.

Was gefällt dir an diesem Amt am besten und was weniger?

Die internationale Vernetzung ist grossartig und das Verständnis, das man bekommt für die unterschiedlichsten Herausforderungen in den Ländern Europas und die Befindlichkeiten und Gepflogenheiten in den einzelnen Parlamenten, bereichernd. Es sind Freundschaften



entstanden, man bekommt auch im Fraktionsrat hautnah mit, was überall in Europa abgeht. Ich sitze im Saal nicht mit der Schweizer Delegation, wir sind verteilt. Um mich herum sind Kolleginnen und Kollegen aus Italien, Portugal, Polen, Österreich, Georgien und der Ukraine. Was gefällt uns weniger? Uns eint der Ärger, dass wir den Kafi nicht in den Saal nehmen dürfen...

In der konstituierenden Sitzung vom 9./10. Januar 2024 wurdest du als Vizepräsidentin gewählt.

Am 19. September 2025 ist der amtierende Präsident der ERD, Alfred Heer, ganz unerwartet und tragisch verstorben. Wie ging es dir da? Leitest du seither die ERD?

Mir obliegt seit der letzten Session die Leitung der Schweizer Delegation. Das kam sozusagen über Nacht. Ich habe aber ein hochkompetentes Sekretariat, auf das ich mich verlassen kann. Gewählt werde ich als Präsidentin dann anlässlich der zweitägigen Sitzung vom 13./14. Januar 2026 in Baden. Alfred Heer hinterlässt nach seinem bald sechzehnjährigen Engagement im Europarat eine grosse Lücke. Er hat im Besonderen unglaublich viele Wahlbeobachtungen durchgeführt und er war eine engagierte Stimme gegen den Antisemitismus.

Fühlst du dich in Strassburg wohl? Hast du während der Sessionen auch Zeit, die Stadt zu besichtigen oder die Elsässer Küche zu geniessen?

Kannst du unseren Leserinnen und Lesern ein paar Tipps geben, was sie in Strassburg auf keinen Fall verpassen dürfen?

Ich bin nicht unbedingt ein Fan von weiten Reisen. Deshalb passt das gemütliche nach Strassburg Tuckern hervorragend zu mir. Strassburg ist eine wunderschöne Stadt mit vielen kleinen Restaurants in historischen Bauten. Das Münster ist ein Erlebnis, auch der Weihnachtsmarkt. Unser Problem im Rat ist leider, dass kaum Zeit bleibt in die Stadt zu gehen. Ab 8.30 Uhr fangen die ersten Sitzungen an und sie dauern bis 20.00 Uhr. Ich logiere also meistens in der Nähe des Europarates, weil in der Stadt zudem auch dauernd aus irgendwelchen Gründen der Verkehr nicht funktioniert. Es wird gerne gestreikt oder wofür auch immer demonstriert. Da ist man in Gehnähe zum Europarat sicher, dass man zur Zeit ankommt.

Gäbe es auch die Möglichkeit, dich in Strassburg zu besuchen und einen Blick «hinter die Kulissen» des Europarats zu werfen?

Sehr gerne und jederzeit. Da würde ich mich freuen. Überhaupt möchte ich in meiner zweijährigen Amtszeit die Arbeit des Europarates öffentlicher machen. Es geht um den Zusammenhalt und die Grundwerte des Zusammenlebens. In unserer heutigen Zeit wird das immer wichtiger.

Karin Koch Wick,
Co-Präsidentin Die Mitte Aargau



Rückblick und Ausblick



Am 28. September fanden in vielen Gemeinden im Aargau Wahlen statt. Wenige folgen noch im November. Wir sind beeindruckt, mit welchem grossem Engagement sich unsere Ortsparteien für ihre Kandidierenden einsetzten. Viele Funktionen (Stadt-/Gemeinde-/Einwohnerrat, Finanz-/Steuerkommission, Stimmenzähler/innen) konnten, – wieder oder neu –, durch Mitte-Politikerinnen und -Politiker besetzt werden. Das freut uns sehr und wir gratulieren von Herzen.

Leider gibt es auch Nichtgewählte oder sogar engagierte Menschen, die nicht mehr gewählt wurden. Das ist verständlicherweise mit Enttäuschungen verbunden

den und tut uns für die Betroffenen sehr leid. Unser Dank geht an alle: die Gewählten und insbesondere auch an die, denen ein paar Stimmen zur Wahl oder Wiederwahl gefehlt haben. Wir sind stolz auf euch und wissen, dass ihr tagtäglich euer Bestes für eure Gemeinden und Die Mitte gebt. Wahlen sind manchmal ganz einfach auch etwas Glückssache.

Wichtig: im November finden die letzten Kommunalwahlen statt. Unterstützen Sie unsere Kandidierenden weiterhin. Die Resultate vom 28. September 2025 haben bewiesen, dass es sich lohnt und auf jede einzelne Stimme ankommt. Danke!

Karin Koch Wick und Edith Saner,
Co-Präsidium

Werbemöglichkeit im PIZ

Inserate im PIZ

In den kommenden PIZ-Ausgaben planen wir, bis zu drei Inserate zu platzieren. Die Grössen sind analog jenem auf dieser Seite angedacht. Wir sind überzeugt, dass wir Mitte-Mitglieder, -Sympathisanten und -Sympathisanten eine sehr interessante Zielgruppe sind und die Firmen so einen guten Gegenwert haben werden. Und wir als Partei werden jeden so eingenommenen Franken optimal für unsere Arbeit einsetzen können. Wir wollen kein «Werbeblatt» werden, deshalb beschrän-

ken wir uns auf die erwähnten drei Inserate. Für die inserierenden Firmen ergibt dies zudem eine gewisse Exklusivität, was die Werbewirkung zusätzlich erhöhen wird.

Interessierte Firmen können sich gerne direkt bei unserem Parteileitungsmitglied, Christof Nietlispach, melden: cnietlispach@bluewin.ch, 079 669 26 40.

Christof Nietlispach, Mitglied
der Parteileitung Die Mitte Aargau



Wir verkaufen und bewerten Ihre Immobilie



Zehnder Immobilien AG
Badenerstrasse 23
5413 Birmenstorf



056 427 08 88
zehnderimmo.ch

Bitte reservieren!

Termine

Parteitage

Dienstag, 20. Januar 2026, 19.00 Uhr

Dienstag, 21. April 2026, 19.00 Uhr
(inklusive Delegiertenversammlung)

Dienstag, 18. August 2026, 19.00 Uhr

Mittwoch, 21. Oktober 2026, 19.00 Uhr

Öffentliche Veranstaltung

«Die Schweiz in der Mitte Europas»

Mittwoch, 11. Februar 2026, 19.00 Uhr

Café Fédéral Argovia

Dienstag, 24. März 2026, 19.00 Uhr

Montag, 22. Juni 2026, 19.00 Uhr

Mittwoch, 28. Oktober 2026, 19.00 Uhr

Wirtschaftsgipfel

Mittwoch, 24. Juni 2026, 19.00 Uhr

Gönneranlass

Montag, 2. November 2026, 18.00 Uhr

Vereinigungen

Die Mitte 60+ Aargau:

Donnerstag, 20. November 2025,
Besuch des Classic-Car-Museums, Safenwil

Die Christlichsozialen der Mitte Aargau:

Montag, 1. Dezember 2025, 17.00 Uhr,
sozialliberales Treffen im Bundeshaus

Die Mitte Frauen Aargau

Samstag, 3. Januar 2026, 10.00 Uhr,
Brunch und offene Vorstandssitzung, Baden

Weitere Termine finden Sie unter
www.diemitteaargau.ch/veranstaltungen

**Haben Sie eine neue Adresse?
Oder wollen Sie uns einen Beitrag
schicken?**

**Schreiben Sie uns auf
info@diemitteaargau.ch**

Herausgeber

Die Mitte Aargau
Mitgliederzeitschrift

Erscheinungsweise

4–5 x jährlich

Jahresabonnement

Fr. 45.–

Auflage

5510 Exemplare

Administration

Sekretariat Die Mitte Aargau
Laurenzenvorstadt 79, 5000 Aarau
Tel. 056 222 97 97

E-Mail

info@diemitteaargau.ch

Gestaltung, Satz und Druck

Bürli AG, Döttingen